

HN 9, 04.11.13

Flüchtling ist nicht gleich Flüchtling: Syrer stoßen auf große Hürden, wenn sie Familienmitglieder zu sich nach Deutschland holen möchten

1450 Euro für einen Verwandten

VON MARINA KORNBAKI

Hannover. Siebzehn Innenminister treffen sich heute in Osnabrück, und sie haben viel zu bereiden. NPD-Verbotsantrag, Fangewalt in Städten, Innenministerialrat. Die Note syrischer Flüchtlinge fallen ebenfalls in die Zuständigkeit ihrer Ressorts, auch darum soll es gehen. Tut Deutschland genug? Nicht nur Kirchen und Flüchtlingsorganisationen zweifeln daran. Auch unter den Innenministern der Länder befrurten immer mehr eine Aufstockung des beschlossenen Kontingents von 5000 syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die Deutschland nach und nach aufnehmen will. Selbst Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der sonst gern den Härtnamer gibt, verschleift sich dem nicht mehr. Gut möglich also, dass diese Innenminister-



„Ich weiß nicht, was ich tun soll“. Ali Murad lebt in Hannover, seine Familie sitzt in Beirut fest.

de gemiebt lediglich Abschiebeschutz, solange das Land, aus dem er vor neun Jahren geflohen ist, im Krieg versinkt. Vor neun Jahren hat Ali Murad seine Frau und die beiden Söhne zum letzten Mal in den Armen gehalten. Die Trennung zehrt an dem Mann, er ist gebrochen. Ein Satz fällt immer wieder: „Ich weiß nicht, was ich tun soll.“

Die Kinder sind nun zwölf und 14 Jahre alt. Sie sind mit ihrer Mutter dem blauen Töten in ihrer Heimat entkommen, haben sich durchgeschlagen bis in die libanesischen Hauptstadt Beirut, wie Zehntausende andere Syrer. Schutz fanden sie nicht. Nur Elend. Die Familie hat kein Geld, die Wohnverhältnisse sind erbärmlich. Es gibt keine Arbeit für die 33-jährige Mutter, keine Schule für die Jungen. Ab und an erhalten sie etwas von den Esensstationen des internationalen Flüchtlingshilfswerks. „Meine Frau kann nicht mehr“, sagt Ali Murad. „Sie ist krank vor Angst. Wenn wir telefonieren, sagt sie, dass sie lieber zurück nach Syrien will.“

Ali Murad versucht es, aber er kann seiner Frau nur wenig Hoffnung machen. In all den Jahren hat er viel unternommen, um seine Familie zu sich nach Hannover zu holen, aber einfach ist das nicht. Anspruch auf Familienzusammenführung hat nur, wer nach Genfer Flüchtlingskonvention anerkannter Flüchtling ist. Ali Murad und 65 Prozent aller rund 48 000 in Deutschland lebenden Syrer sind das nicht. Syrische Asylbewerber erhalten in Deutschland im Regelfall lediglich Abschiebeschutz.

Dabei hat im Fall von Ali Murad das Verwaltungsgericht Hannover befunden, dass er als Flüchtling laut Genfer Konvention anzuerkennen ist, weil ihm bei einer Rückkehr nach Syrien wegen seiner politischen Arbeit für eine kurdische Partei Misshandlung und Folter drohen. Aber die zuständige Behörde, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, ist anderer Meinung. Der Rechtsstreit liegt nun dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht zur Prüfung vor, und das kann dauern.

„Deutschland kann nicht das Leid aller syrischen Flüchtlinge lindern“, sagt Kerstin Rauls-Ndlaye, „aber es trägt eine Verantwortung für die Syrer, die hier leben und sich um ihre Familien sorgen.“ Die Rechtsanwältin setzt sich ein für Ali Murad, mit viel Aufwand ist es ihr gelungen, für seine Frau und die Kinder einen Termin bei der deutschen Botschaft in Beirut zu bekommen. Die dortige Visaabteilung ist so begeistert, dass zweiwöchige Beirater-Geschäftsleute angebliche Termine mit

Auswahl von Syrern läuft schleppend

In Deutschland leben derzeit rund 48 000 Syrer – davon ist fast jeder Zweite erst seit Beginn des Bürgerkrieges im Jahr 2011 als Asylsuchender in die Bundesrepublik eingereist. Die meisten Syrer, die hier Asyl beantragen, sind demnach auf eigene Faust nach Deutschland gekommen. Kein Syrer wird derzeit ausgewiesen – seit zwei Jahren greift ein Abschiebestopp. Die Bundesregierung beschloss zu Jahresbeginn,

Botschaftsmitarbeitern zum Verkauf feilbieten, für zwei- bis dreitausend Euro. Über die Ausstellung eines Visums entscheidet aber nicht die Botschaft, sondern die Gemeinde, in die Frau Murad und die Kinder reisen wollen, und das ist die Stadt Hannover. Die jedoch kann dem Antrag nur stattgeben, wenn Ali Murad den Lebensunterhalt seiner Familie nachweislich ohne staatliche Hilfe bestreiten kann – und das kann er nicht. Er sucht handringend nach Arbeit, hat auch etwas in Aussicht, als Hilfskraft in einem Imbiss, aber erst zum Januar. Der Termin bei der deutschen Botschaft ist schon am 9. Dezember. Viele Flüchtlinge bestreuen ihren Lebensunterhalt als Küchenhilfen oder Reinigungskräfte – was sie da verdienen, reicht bei Weitem nicht aus, um eine Familie zu ernähren“, sagt Anwältin Rauls-Ndlaye.

Die Hürden für den Familiennachzug sind bei syrischen Flüchtlingen viel zu hoch“, sagt Karim Alwasiti vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. „In Niedersachsen muss ein Flüchtling monatlich mindestens 1450 Euro netto verdienen, um einen Verwandten herholen zu können – in Berlin sind es sogar 2140 Euro netto.“ Der Flüchtlingsrat und Pro Asyl appellieren an die heute und morgen tagenden Innenminister, den Familiennachzug für Syrer zu erleichtern.

Ali Murad appelliert nicht. Dazu fehlt dem Mann die Kraft. Verzweiflung ist das Einzige, was ihm geblieben ist.

kor